

Thüringer Landtag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/8109
zu Drucksache 7/8056
31.05.2023

Antrag
der Fraktion der AfD

Entschließung

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/8056 -

Heizungsverbote der Bundesregierung im Bundesrat stoppen - untragbare Belastungen für Eigentümer und Mieter verhindern

Kein planwirtschaftlicher Umbau des Wärmesektors – Klimaideologie entgegentreten, Mieter und Eigentümer nicht finanziell belasten, Marktwirtschaft schützen, ländlichen Raum erhalten

- I. Der Landtag verurteilt die Pläne der Bundesregierung zum Verbot von Gas- und Ölheizungen über Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes. Die Pläne stellen einen massiven Eingriff zu Lasten der Bürger dar und bestätigen, dass die Bundesregierung bereit ist, die Grundsätze des energiepolitischen Dreiecks - Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit - zu opfern, um mit Verbot, Zwang und Marktmanipulation ihre fragwürdige Klimaideologie durchzusetzen sowie die Energiepolitik in eine ökosozialistische Planwirtschaft umzuwandeln.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den hart erarbeiteten Wohlstand unseres Landes nicht aufzuopfern und insbesondere die Bürger des ländlichen Raums nicht zu belasten im Namen einer Klimaideologie, welche
 1. Szenarien zugrunde legt, deren wissenschaftliche Evidenz fragwürdig ist,
 2. von kaum einem anderen Land der Welt in solch einer Radikalität geteilt wird, wie von der Bundesregierung sowie der auch in diesem Punkt mit der Bundesregierung konformen Thüringer Landesregierung geteilt wird,
 3. durch die vermeintlichen Klimaschutzmaßnahmen die Zerstörung der heimischen Wirtschaft und Umwelt bewirkt, nicht aber zu einem „Schutz“ des Klimas führt,
 4. insbesondere den ländlichen Raum Thüringens und Ostdeutschland benachteiligt,
 5. politisch gewollt Marktmechanismen außer Kraft setzt.

- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Plänen der Bundesregierung zum Verbot von Gas- und Ölheizungen, aber auch von Holzheizungen entgegenzutreten, weil sie
1. eine besondere Diskriminierung der Menschen im ländlichen Raum darstellen, denn dort wird häufiger mit Gas, Öl oder auch Holz geheizt als in Ballungsgebieten,
 2. Menschen in Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern besonders benachteiligen, da der Bestand an älteren, vor 1950 erbauten Gebäuden besonders hoch ist sowie das für Umrüstungen erforderliche Kapitalvermögen durchschnittlich deutlich niedriger ist als in den westlichen Bundesländern und der Zwang zur teuren Wärmepumpenumrüstung auf eine Situation trifft, in der besonders viele Hausbesitzer betroffen sind, deren verbaute Heizungsanlagen jetzt 30 Jahre alt sind,
 3. ein Eingriff in das Mieten und das Wohneigentum sowie in den Marktmechanismus darstellt, der zu hohen finanziellen Aufwendungen bei den Betroffenen und zu Verzerrungen des Marktes führt.

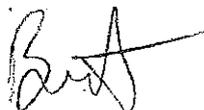
Begründung:

Mit ihrem Entwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes plant die Bundesregierung das Verbot von Öl- und Gasheizungen und die Forcierung des Einsatzes von Wärmepumpen, die wiederum den Strombedarf erhöhen. Damit geht eine massive finanzielle Belastung einher. Bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit derart weitreichender Eingriffe ist zu konstatieren, dass die Transformation des Wärmesektors auf rein ideologischen Vorstellungen beruht. Die Folgen werden alle Bürger und insbesondere den ländlichen Raum und die ostdeutschen Länder treffen.

Explizit ist festzustellen, dass nicht nur die Ausgestaltung der Pläne der Bundesregierung zum Verbot von Öl- und Gasheizungen problematisch sind und das Ziel, eine Wärmewende politisch durchzusetzen fragwürdig ist, sondern, dass die zugrundeliegende ideologisch motivierte Energiepolitik die Ursache für diese Heizungspläne ist. Besonders die Formulierung, mit Anreizen eine breite Akzeptanz von Maßnahmen zum Klimaschutz zu erreichen, ist Ausdruck dieser fehlgeleiteten Energiepolitik. Die Sinnhaftigkeit eines solchen Gesetzes muss an sich infrage gestellt werden. Planwirtschaftliche Eingriffe sind grundsätzlich abzulehnen, ebenso wie die Klimaideologie, die an sich einer Politik zum Wohle der eigenen Bürger und der Politik im Interesse des eigenen Landes entgegensteht. Ideologie kann nicht Fundament der Energiepolitik sein. Des Weiteren will der Entschließungsantrag ergänzend auf die Ungerechtigkeit aufmerksam machen, dass die Pläne der Bundesregierung erneuter Ausdruck dessen sind, fehlgeleitete Politik besonders auf Kosten der Menschen im ländlichen Raum und in Ostdeutschland zu machen.

Die Landesregierung muss in ihrer Politik die Interessen der Thüringer und mithin der Ostdeutschen im Bundesrat vertreten und folglich die Pläne der Bundesregierung ablehnen.

Für die Fraktion



Braga